

Workshop „Europa-Wahlen“ am 24. Mai 2019 in Stuttgart

Eine Gruppe erarbeitet das „Wie“, eine zweite das „Wen“ - und am Ende sind alle 9 Teilnehmer Experten

„Es ist doch für den Wähler verwirrend, wenn Manfred Weber und Frans Timmermans zwar im Fernsehen auftreten, man Weber aber nur in Bayern und Timmermans in Deutschland überhaupt nicht wählen kann“, so Dr. Hartmut Welck beim Workshop zu den Europa-Wahlen. Mit diesem Befund stieß er auf breite Zustimmung bei den Teilnehmern des Workshops: zwei Abiturienten, eine Studentin, ein Rechtsreferendar, eine Ungarin mit Wohnsitz in Stuttgart und vier Vereinsmitglieder.

In zwei Gruppen erarbeiteten sich die Teilnehmer am Freitagabend und damit zwei Tage vor den Wahlen in Deutschland das Basiswissen rund um das EU-Parlament und die Wahlen. Und schnell hatte die Gruppe, die sich mit dem „Wie“ der Wahlen, also Wahlbestimmungen und Beteiligung beschäftigte, gemerkt, dass es sich bei den Wahlen zum EU-Parlament immer noch um 28 nationale Wahlen handelt. Denn gewählt werden von den Wählerinnen und Wählern nur nationale Parteien. Auch ist die EU noch immer weit davon entfernt, einheitlich zu wählen. Die Wahlbestimmungen variieren von Land zu Land. Auf großes Interesse stieß daher das Reformvorhaben sogenannter transnationaler Listen, mit denen neben dem nationalen Wahlkreis auch ein EU-Wahlkreis eingeführt werden soll und die Wahlberechtigten dann zwei Stimmen zu vergeben haben. Kompetenzen und Arbeitsweise des EU-Parlaments waren weitere Schwerpunkte, mit denen sich die Gruppe „Wie und was wird gewählt“ beschäftigte. Dass die wesentliche Arbeit der Abgeordneten in den 20 ständigen Ausschüssen passiert, dass das Parlament zwar im sogenannten ordentlichen Gesetzgebungsverfahren an immer mehr Entscheidungen beteiligt ist, es aber über keine eigenes Initiativrecht für neue Gesetzesvorhaben verfügt, wurde sehr klar herausgearbeitet - und bemängelt. Hier sah die Gruppe deutlichen Reformbedarf. Ein Parlament ohne Teilung in Regierungsfraktion und Opposition, ein Parlament, das keine Regierung wählt und keine Gesetze auf den Weg bringen kann, war für die jungen Teilnehmer in dieser Gruppe im Grunde ein No go. „Was ist denn das für ein Parlament?“, fragte die Jurastudentin Cleo. Und doch hat das so gescholtene Parlament seit dem Vertrag von Lissabon erheblich an Einfluss gewonnen und agiert zumindest bei der Gesetzgebung einigermaßen auf Augenhöhe mit Kommission und Rat. Was die junge Frau wohl zu dem Parlament vor 2009 gesagt hätte?

Die zweite Gruppe erarbeitete sich das „Wen wähle ich“. Zusammensetzung, Sitzverteilung und politische Ausrichtung der acht Fraktionen mit besonderem Fokus auf das euroskeptische Lager, Vorstellung der europäischen Parteien, Spitzenkandidaten und Postenvergabe standen im Zentrum. Neue Allianzen, wie sie etwa dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron mit „Europe en Marche“ oder Janis Varoufakis mit dem „Europäischen Frühling (DiEM25)“ vorschweben, wurden genauso vorgestellt wie die junge, proeuropäische Partei „Volt“, die mit einem gemeinsamen Wahlprogramm für alle EU-Mitgliedsstaaten antritt. Und wen wählen wir hier in Deutschland? 16 verschiedene Landeslisten der CDU/CSU, Bundeslisten bei allen anderen Parteien, ein Verändern der von den

Parteien festgelegten Platzierung der Kandidaten ist für den deutschen Wähler nicht möglich (Vorzugsstimme). Insgesamt stehen 40 Parteien und Bündnisse zur Auswahl. Und noch immer kein Timmermans in Sicht. „So ein Schwachsinn“, befand der 25jährige Johannes Gehrig, „um Timmermans bei seiner Kandidatur als Kommissionspräsident zu unterstützen, muss ich dann ja die SPD wählen“. Genauso ist es. Nicht von ungefähr fordert die Partei Volt für eine echte europäische Demokratie grenzübergreifende Parteien, die gemeinsame Visionen für das zukünftige Europa erarbeiten.

Nach einer gut 45minütigen Erarbeitungsphase in den zwei Gruppen, informierten sich die Gruppen anschließend gegenseitig über ihre Erkenntnisse. Mit einer angeregten Diskussion endete der Workshop am späten Abend.

Wesentlich zum Gelingen eines solchen Formates haben die Materialien beigetragen, aus denen sich die Teilnehmer ihre Erkenntnisse erarbeiteten. Eine Fülle von Unterlagen wurde von der Bundes- und Landeszentrale für politische Bildung zur Verfügung gestellt. Unserem Vorstandsmitglied Caroline Lony-Zeithammer ist es zudem gelungen, von allen großen deutschen Parteien die Wahlprogramme zur Europawahl zugestellt zu bekommen. Dass die AfD das „undemokratische EU-Parlament mit seinen derzeit privilegierten 751 Abgeordneten“ ganz abschaffen will, konnten die Teilnehmer an diesem Abend genauso lesen wie die Forderung der SPD nach transnationalen Wahllisten und dem Gesetzesinitiativrecht des Parlaments. CDU/CSU kämpft dezidiert gegen „diejenigen, die Europa bedrohen“. Damit sind vor allem die Kräfte des rechten Populismus und Nationalismus gemeint, aber auch Kräfte im linken Spektrum, welche für „Umverteilung und Verboten“ stehen und damit für ein „anderes Europa“. Politische Forderungen, wie man sie schon so oft gehört hat. Aber sie können von allen Teilnehmern nun viel besser eingeordnet und bewertet werden.